

DAS PRODUKTIVITÄTS-PARADOXON -

Messung, Analyse, Erklärungsansätze

25. Wissenschaftliches Kolloquium

gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 24. und 25. November 2016 in Wiesbaden

Kurzfassung:

Die schwache Produktivitätsentwicklung – Ökonomische Ursachen und Politikimplikationen

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Präsident des RWI - Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung und Professor an der Ruhr-Universität Bochum

Christoph M. Schmidt, geb. 1962 im australischen Canberra, begann seine akademische Karriere mit einem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Im Jahr 1991 wurde er an der Princeton University mit einer empirischen Analyse des deutschen Arbeitsmarktes promoviert, 1995 habilitierte er sich an der Universität München mit einer Arbeit über den Arbeitsmarkterfolg von Zuwanderern auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Seit 2002 ist Christoph M. Schmidt Präsident des RWI und Professor an der Ruhr-Universität Bochum. Zum März 2009 wurde er in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen, seit März 2013 ist er dessen Vorsitzender. Von 2011 bis 2013 war er Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Seit 2013 ist er Vorsitzender des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München, seit 2014 ist er zudem Mitglied des Kuratoriums der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung. Seit Juni 2011 ist er Mitglied (seit 2014 Präsidiumsmitglied) der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech). Seit Juni 2016 ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Fritz-Thyssen-Stiftung.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ist von zentraler Bedeutung für den materiellen Wohlstand einer Volkswirtschaft. Daher gibt die in den vergangenen Jahren gemessene Verlangsamung des Produktivitätswachstums Anlass zur Sorge. Doch diese Verlangsamung deutet nicht zwingend auf Fehlentwicklungen hin. Vielmehr spiegelt sie unter anderem die erfolgreiche Integration weniger produktiver Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt seit dem Jahr 2005 wider. Zudem mehrten sich die Hinweise auf ein mögliches Ende des Umstrukturierungsprozesses der Wertschöpfungsketten im Verarbeitenden Gewerbe. Konnten dort insbesondere bis zum Jahr 2008 deutliche Produktivitätsanstiege durch die Auslagerung von vorgelagerten, arbeitsintensiven Wertschöpfungsprozessen ins Ausland erzielt werden, ist diese Entwicklung seit der Rezession im Jahr 2009 zum Ende gekommen. Allerdings finden sich vor allem im Dienstleistungsbereich ungenutzte Potenziale zur Steigerung der Produktivität, unter anderem durch die Beseitigung von Wettbewerbshindernissen im Bereich der ehemaligen Staatsmonopole und einen weiteren Abbau der Regulierungsdichte bei den freien Berufen.

In den kommenden Jahren ist eher mit einem geringen Anstieg der Arbeitsproduktivität zu rechnen, wenn es der Politik nicht gelingt, entscheidende Impulse zur Revitalisierung des Produktivitätswachstums zu setzen. Der digitale Wandel bietet hier ein großes Potenzial für Steigerungen der Arbeitsproduktivität. Mit dem Begriff Industrie 4.0 ist die Erwartung verknüpft, durch Innovationen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe für ein stärkeres Produktivitätswachstum zu sorgen. Damit die Wirtschaft diesen Wandel erfolgreich umsetzen kann, ist die Politik gefordert, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Bildungs- und Weiterbildungspolitik kommt ein wesentlicher Beitrag zu, die Teilhabe aller Gesellschaftsschichten am technischen Fortschritt zu ermöglichen und das durchschnittliche Produktivitätsniveau anzuheben. Zugleich gilt es, die Hindernisse bei der Wachstumsfinanzierung junger IT-Unternehmen abzubauen.